



**Geschäftsführung
Ausschuss für Bürgerbeteiligung,
Anregungen und Beschwerden**

Frau Möller

Telefon: (0221)

Fax: (0221)

E-Mail: julia.moeller@stadt-koeln.de

Datum: 30.03.2021

Niederschrift

über die **Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung, Anregungen und Beschwerden** in der Wahlperiode 2020/2025 am Montag, dem 15.03.2021, 17:00 Uhr bis 18:36 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Innenhof Spanischer Bau (neben dem Stadtmodell)

INFEKTIONSSCHUTZ:

Bitte melden Sie sich unbedingt vorab bei der Schriftführung an!
Das Tragen einer medizinischen oder FFP2-Maske ist vorgeschrieben.

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Max Christian Derichsweiler	GRÜNE
Frau Erika Oedingen	SPD
Herr Martin Erkelenz	CDU
Frau Bärbel Hölzing	Grüne
Herr Lars Wahlen	GRÜNE
Frau Polina Frebel	SPD
Herr Henk Benthem van	CDU
Herr Stephan Pohl	Auf Vorschlag der CDU
Frau Uschi Röhrig	DIE LINKE
Herr Robert Wande	auf Vorschlag von FDP
Herr Manfred Kreische	Auf Vorschlag von KLIMA FREUNDE

Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder

Herr Mario Michalak	GRÜNE
---------------------	-------

Beratende Mitglieder

Herr Walter Wortmann	Freie Wähler Köln
Herr Stefan Fischer	Auf Vorschlag von GRÜNE
Frau Christiane Klingenburg-Steinhausen	Auf Vorschlag von GRÜNE
Herr Dieter Schöffmann	Auf Vorschlag von GRÜNE

Punkten Stellung nimmt. Er bittet alle die Masken während der gesamten Ausschusssitzung, auch beim Sprechen, zu tragen.

Einige Kolleginnen und Kollegen des Büros der Oberbürgermeisterin für Öffentlichkeitsbeteiligung würden gerne ein paar Fotos machen. Wenn jemand dies nicht wünscht, möchte er sich bitte bei der Verwaltung melden.

Herr Wortmann, Freie Wähler Köln, hat eine Frage zur Geschäftsordnung. Der Ausschuss ist in der neuen Legislaturperiode umbenannt worden. Er fragt, ob der Zusatz Bürgerbeteiligung nur eine Namensänderung ist.

Herr Derichsweiler stimmt dem zu, es wird die bisherige Ausschussarbeit fortgesetzt, gleichzeitig ist es eine neue Schwerpunktsetzung und man wird sehen wie eine mögliche Erweiterung der Ausschusskompetenzen aussehen kann. Das Thema Bürgerbeteiligung und Bürgerengagement ist ein wichtiges Fundament in dieser lebendigen Stadtgesellschaft.

Herr Derichsweiler fragt, ob es Änderungswünsche zu Tagesordnung gibt.

Herr Wortmann, spricht die Vorlage an, die Herr Derichsweiler als mündliche Mitteilung den Ausschussmitgliedern per Mail hat zukommen lassen.

„Beschluss zur Änderung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligungen gemäß § 3 Absatz 1 und Absatz 2 Baugesetzbuch (BauGB) sowie der Behördenbeteiligungen und Beteiligungen von Trägern öffentlicher Belange gemäß § 4 Absatz 1 und 2 Baugesetzbuch (BauGB) während der COVID-19-Pandemie“ Vorlage 0131/2021

Herr Wortmann vermisst diese Mitteilung auf der Tagesordnung. Er ist mit der Vorlage nicht einverstanden und sieht in der Aussage eine Beschneidung der Bürgerbeteiligung. Er hat im Stadtentwicklungsausschuss gefordert, dass diese Vorlage hier im Ausschuss beraten wird.

Herr Dr. Höver vom Bürgeramt Innenstadt erläutert, dass dies keine Mitteilung ist, sondern eine Beschlussvorlage des Stadtplanungsamtes für den Stadtentwicklungsausschuss und die Bezirksvertretungen. Darüber kann dieser Ausschuss nicht beraten, weil er sich nicht aus eigener Kraft in die Beratungsfolge einsetzen kann. Das Amt, das die Vorlage erstellt, gibt die Beratungsfolge vor.

Es gibt keine weiteren Änderungswünsche oder Hinweise. Die Tagesordnung wird somit einstimmig beschlossen.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

- 1.1 Bestellung einer Schriftführerin und einer stellvertretenden Schriftführerin für den Ausschuss für Anregungen und Beschwerden gem. § 31 Abs. 1 i.V.m. § 34 Abs.1 GO des Rates und der Bezirksvertretungen der Stadt Köln.
3165/2020

1.2 Verpflichtung von Ausschussmitgliedern gem. § 5 der Hauptsatzung der Stadt Köln

2 Anregungen und Beschwerden nach § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

2.1 Bürgereingabe nach § 24 GO NRW- Antrag auf Änderung der Satzung für Kinderspielplätze - Az: 229/19
2920/2020

2.2 Bürgereingabe gem. § 24 GO NRW- Benennung des Radstadions in Albert-Richter-Radstadion- AZ 7/21
0354/2021

2.3 Bürgereingabe nach § 24 GO- Vertretung sozialer Interessen im Klimarat-
186/20
3277/2020

3 Mitteilungen

3.1 Schriftliche Mitteilungen

3.1.1 Sachstandsbericht des Ausschusses für Anregungen und Beschwerden 2020
0419/2021

3.1.2 Bürgereingabe nach § 24 GO, Ende der Haustürbelieferung von Telefonbüchern, AZ 179/19 S
3343/2020

3.1.3 Bürgereingabe nach § 24 GO, Verbot von leihbaren E-Scootern, AZ 185/19 B
3308/2020

3.1.4 Umbaumaßnahmen der Straße "Am Kümpchenshof"
Beschluss des Ausschusses für Anregungen und Beschwerden vom
12.06.2018
3491/2020

3.2 Mündliche Mitteilungen

4 Anfragen

4.1 Mündliche Anfragen

4.2 Schriftliche Anfragen

4.3 Anfragen aus früheren Sitzungen

II. Nichtöffentlicher Teil

5 Anregungen und Beschwerden nach § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

6 Mitteilungen

7 Anfragen

I. Öffentlicher Teil

1.1 **Bestellung einer Schriftführerin und einer stellvertretenden Schriftführerin für den Ausschuss für Anregungen und Beschwerden gem. § 31 Abs. 1 i.V.m. § 34 Abs.1 GO des Rates und der Bezirksvertretungen der Stadt Köln. 3165/2020**

Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden bestellt für die Dauer der Wahlperiode des Rates 2020 bis 2025 Frau Julia Möller zur Schriftführerin und Frau Andrea Brohl zur stellvertretenden Schriftführerin.

Zur Unterstützung der Schriftführung werden die Sitzungen des Ausschusses für Bürgerbeteiligung, Anregungen und Beschwerden auf Tonträger aufgezeichnet.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

1.2 **Verpflichtung von Ausschussmitgliedern gem. § 5 der Hauptsatzung der Stadt Köln**

Herr Derichsweiler, Ausschussvorsitzender, verpflichtet die folgenden Ausschussmitglieder gemäß § 5 der Hauptsatzung und wünscht eine gute Zusammenarbeit.

Sachkundige Bürgerinnen und Bürger:

Stephan Pohl,	auf Vorschlag von CDU
Manfred Kreische,	auf Vorschlag von Klima Freunde.
Robert Wande,	auf Vorschlag von FDP

Sachkundiger Einwohnerinnen und Einwohner

Stefan Fischer,	auf Vorschlag von GRÜNE
Christiane Klingeburg,	auf Vorschlag von GRÜNE
Dieter Schöffmann,	auf Vorschlag von GRÜNE
Nils Beuthert,	auf Vorschlag von SPD
Norbert Plützer,	auf Vorschlag von SPD
Friederike Steinmetz,	auf Vorschlag von CDU
Amina Krolow,	auf Vorschlag von DIE LINKE
Niusha Arabi,	auf Vorschlag von FDP
Pia Waldhof,	auf Vorschlag von Volt
Sabine Kader,	auf Vorschlag von DIE PARTEI
Walter Wortmann,	auf Vorschlag von Freie Wähler Köln
Käthe Reiff,	Seniorenvertretung
Peter Mühlen,	Seniorenvertretung
Eugenie Rempel,	Integrationsrat

2 Anregungen und Beschwerden nach § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

2.1 Bürgereingabe nach § 24 GO NRW- Antrag auf Änderung der Satzung für Kinderspielplätze - Az: 229/19 2920/2020

Der Petent schildert den ruhigen Ort, an dem sein Grundstück liegt, bis vor acht Jahren dort ein alter Spielplatz grundlegend erneuert wurde und für 270.000 € ausgebaut wurde. Dieser Platz zog daraufhin immer mehr Kinder und Jugendliche aus den umliegenden Orten an, durch diese immer stärkere werdende Frequentierung wurde und wird es dort immer lauter. Er empfindet diese Lautstärke als Körperverletzung.

Die begleitenden Eltern kooperieren nicht bei der Bitte ein wenig leiser zu sein. Jugendliche haben mehrfach Fenster eingeschmissen, es fliegen Flasche und Steine in den Garten und ans Haus, Androhungen die Polizei zu holen werden belacht. Schlafen ist fast nur mit geschlossenen Fenster möglich. Das Vereinshaus in der Nähe hatte Bänke für die Jugendliche vor die Tür gestellt, die wegen des Verhaltens der Jugendlichen wieder entfernt wurden. Seiner Ansicht nach war früher nicht alles besser, aber das Gekreische von Kindern und Jugendlichen, die Müllberge, Alkoholflaschen, Scherben, Kippen usw. hinterlassen und Zäune niedertreten, waren früher nicht in dieser Form anzutreffen.

Dass die Richtlinien der Stadt Köln den Kindern bis 22 Uhr und Jugendlichen uneingeschränkt die Nutzung der Spielplätze erlauben, ist sicherlich außerhalb von Wohngebieten zu vertretbar. Gesetze müssen nicht immer 1:1 umgesetzt werden, es gibt aber auch geltende Erlasse und es gibt Fairness. Das hätte die Stadt Köln beim Bau dieses Spielplatzes nicht gewusst. Sie hat die Spielgeräte den Anwohnern unmittelbar an den Gartenzaun gesetzt. Änderungen wurden den Anwohnern bei der Vorstellung des Lageplans verwehrt. Er sieht es unbedingt notwendig, dass nach 20 Uhr der Platz für Kinder und Jugendliche geschlossen wird, um dem Ruhebedürfnis von Anwohnern und älteren Mitbürgern zu entsprechen. Er zitiert einen Landeserlass, in dem u.a. die zweckmäßige Lage und soziale Verträglichkeit für Spielplätze geregelt werden.

https://recht.nrw.de/lmi/owa/br_bes_text?anw_nr=1&gld_nr=2&ugl_nr=2311&bes_id=2498&val=2498&ver=7&sg=0&aufgehoben=N&menu=0

Frau Heinemann, Amt für Kinder, Jugend und Familie: Der Spielplatz existiert seit 20 Jahren und wurde vor acht Jahren saniert. Der Kölner Rat hat vor einigen Jahren beschlossen, dass die Kölner Spielplätze nicht nur für Kinder in einem Alter bis 12 Jahre zur Verfügung stehen, sondern auch für Jugendliche. Sie hat diese Entscheidung begrüßt. In der Pandemie strömen immer mehr Kinder, Jugendliche aber auch Erwachsene nach draußen auf die öffentlichen Plätze, was die Situation noch schwieriger macht.

Die Spielplätze sind bewusst wohnortnah und für die Kinder gut erreichbar situiert. Der angesprochene Spielplatz ist da keine Ausnahme. Sie erläutert anhand des Problems mit diesem Spielplatz, dass es Dinge gibt, die man nicht mit einer Stadtsatzung oder mit einem Bundes- oder Landesgesetz regeln kann, weil es soziale Probleme sind. Es gibt Jugendliche, die nicht gelernt haben, wie man sich im gesellschaftlichen Miteinander verhält, dass man keinen Müll liegen lässt und Erwachsenen mit Respekt begegnet. Vorort ist die Situation eskaliert, die Beschimpfungen gehen in alle Richtungen.

Alle diese Probleme kann man nicht in einer Satzung, aber auch nicht mit polizeilichen oder ordnungsbehördlichen Kontrollen lösen. Man kann auf Spielplätzen, die besonders stark, auch nachts, besucht sind, ein Schild aufstellen. Das wird das Problem aber nicht lösen. Die Jugendlichen haben keine Räume, an denen sie sich aufhalten können und sie werden überall weggeschickt.

Herr Janke, Ordnungsamt stellt sich die Frage, ob man für über 700 Kölner Spielplätze die Stadtordnung ändern und die Nutzung einschränken sollte. Derzeit ist es so, dass der Aufenthalt rund um die Uhr gestattet ist, die Nutzung des Platzes allerdings nur bis zur Nachtruhe um 22 Uhr. Der Konsum von Alkohol und Zigaretten sind rund um die Uhr untersagt. Er stimmt Frau Heinemann zu mit ihrer Aussage, dass durch bloße Verbote oder Regelungen das Problem nicht gelöst werden kann.

Für den angesprochenen Spielplatz gehen sehr viele Beschwerden ein, dort wird vom Ordnungsamt sehr häufig kontrolliert, wenn die Kollegen in der Nähe sind, fahren sie dort vorbei. Er sieht das Jugendamt hier federführend in der Sache, ob auf diesem Platz eine Einschränkung vorgenommen werden soll.

Herr Schöffmann, GRÜNE, sieht auch, dass eine geänderte Stadtordnung zu keiner Lösung führen würde. Man müsste eine spezielle Lösung vor Ort suchen. Durch die Verdrängung der Jugendlichen aus dem öffentlichen Raum, wie das vom Petenten genannte Beispiel der Bänke vor dem Vereinshaus, fehlen für sie Alternativen. Das Jugendamt und die Akteure vor Ort müssten die soziale Konfliktlage angehen und Raum für Jugendliche schaffen. Sie möchten daher die Beschlussvorlage um diesen Aspekt erweitern.

Frau Oedingen, SPD, stellt fest, dass Worringen offensichtlich einen sozialen Brennpunkt hat, was ihr nicht bewusst war. Sie lehnt auch die Änderung der Kölner Stadtordnung ab, befürwortet es aber, wenn es Möglichkeiten gibt, die Nutzung dort einzugrenzen. Die BV Chorweiler und der Jugendhilfeausschuss sollten informiert werden, man müsste über Streetworker nachdenken und die ordnungsbehördlichen Kontrollen fortsetzen.

Herr Kreische, KLIMA FREUNDE, fragt sich, ob beim Bau vor acht Jahren der Lärmschutz geprüft wurde. Im Rahmen der Bürgerbeteiligung schlägt er vor „Betroffene zu Beteiligten“ zu machen und nicht über sondern mit den Jugendlichen zu sprechen. Die Bezirksvertretung Chorweiler sollte beschließen, dass hier in örtlichen Plattformen mit den Jugendlichen und den Älteren Anwohnern Konfliktlösungsgespräche stattfinden. Er fragt außerdem, ob schon über die Möglichkeit nachgedacht wurde, einen Spielplatzpaten einzusetzen, der sich mit den Jugendlichen in einer direkten Ansprache austauscht und für Ordnung sorgt.

Herr Erkelenz, CDU, hat großes Verständnis für den Petenten, er kennt diese Situation aus dem eigenen Wohnumfeld, er selbst ist Spielplatzpate. Es braucht Alternativen in Worringen, wie in vielen anderen Stadtteilen auch. Man müsste zweigleisig fahren und das Ordnungsamt weiterhin regelmäßig kontrollieren lassen, aber eben auch Alternativen für die Jugendlichen schaffen. Die Fraktion geht daher mit dem Beschlussvorschlag von Herrn Schöffmann mit.

Frau Röhrig, DIE LINKE, sieht eine Änderung der Stadtordnung nicht als zielführend, es bedarf Alternativen, daher schließt sie sich dem Beschlussvorschlag von Herrn Schöffmann an.

Frau Heinemann weist darauf hin, dass von den über 700 Spielplätzen die Hälfte von Spielplatzpaten betreut wird, auch der Platz in Worringen hat einen Paten. Das ist ein Ansatz, aber auch nicht die Lösung für alle Probleme.

Sie schildert, dass die Stadt Köln in Worringen dringend ein Gelände suche, um Raum für die älteren Jugendlichen zu schaffen. Bisher kamen alle geprüften möglichen Grundstücke nicht in Frage, weil dort in der Nähe Wohnbebauung geplant ist. Es muss aber möglich sein, dass die Jugendlichen, die in großen Gruppen kommen, da auch Lärm machen können. Für jede Art von Sportplatz benötigt man eine Baugenehmigung, d.h. man braucht mind. 80 m Abstand zu Wohnbebauung. Das ist in Köln sehr schwer zu finden. Diese Probleme gibt es in allen dicht besiedelten Stadtteilen Kölns.

Bei der Gestaltung von neuen Plätzen werden die Jugendlichen miteinbezogen.

Der Petent erläutert, dass die Stadt Köln beim Bau des Spielplatzes seine Bitte um eine grüne Lärmschutzwand ausgeschlagen hat. Der Stadtteil wurde immer dichter besiedelt und der Lärm wird immer stärker. Es müsste für ältere Menschen die Möglichkeit geben, nach 22 Uhr Ruhe zu haben. Um diese Uhrzeit telefonisch das Ordnungsamt zu erreichen ist sehr schwierig.

Herr Derichweiler, Ausschussvorsitzender, drückt sein Mitgefühl für den Frust aus, der sich dabei ansammelt und versucht einen Konsens für den Beschlusssatz zu finden. Unter Berücksichtigung des Beitrages von Herrn Schöffmann formuliert er folgenden Beschluss: „Der Ausschuss spricht sich dagegen aus, die Kölner Stadtordnung zu ändern. Er befürwortet es jedoch, bei besonders beanspruchten Spielplätzen gem. § 30 Abs. 1 Kölner Stadtordnung die Nutzung nachts zu untersagen und zugleich zu prüfen, inwieweit die besondere Beanspruchung durch fehlenden öffentlichen Raum für die älteren Jugendlichen begründet ist. Im vorliegenden Fall in Worringen wird die Verwaltung aufgefordert, alternative Aufenthaltsmöglichkeiten aufzuzeigen bzw. nach Möglichkeit zu schaffen, unter Einbeziehung der BV Chorweiler, des Jugendhilfeausschusses und der beteiligten Jugendlichen.“

Beschluss:

Der Ausschuss dankt dem Petenten für seine Eingabe.

Er spricht sich dagegen aus, die Kölner Stadtordnung zu ändern. Er befürwortet es jedoch, bei besonders beanspruchten Spielplätzen gem. § 30 Abs. 1 Kölner Stadtordnung die Nutzung nachts zu untersagen **und zugleich zu prüfen, inwieweit die besondere Beanspruchung durch fehlenden öffentlichen Raum für die älteren Jugendlichen begründet ist. Im vorliegenden Fall in Worringen wird die Verwaltung aufgefordert, alternative Aufenthaltsmöglichkeiten aufzuzeigen bzw. nach Möglichkeit zu schaffen, unter Einbeziehung der BV Chorweiler, des Jugendhilfeausschusses und der beteiligten Jugendlichen.**

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

2.2 Bürgereingabe gem. § 24 GO NRW- Benennung des Radstadions in Albert-Richter-Radstadion- AZ 7/21 0354/2021

Herr Hokkeler, Petent, wird den sportlichen Teil der Eingabe repräsentieren, als Vorsitzender eines Kölner Radsportvereins mit 130 Mitgliedern und auch für die vielen anderen Vereine, die sich dieser Initiative angeschlossen habe.

Er drückt die Bewunderung für den Radrennmeister Albert Richter aus, der damals alles gewonnen hat, was auf der Radrennbahn möglich war. Der Radsportler hat zu dieser Zeit sehr viel Publikum angezogen und international Anerkennung bekommen. Die Initiative bewundert ihn aber auch für seine Haltung. Er hat sich öffentlich gewei-

gert den Hitlergruß zu zeigen und hat seinem jüdischen Trainer, auch nach der Emigration, die Treue gehalten. Herr Hokkeler verweist auf die Eingabe zur Benennung des Vorplatzes des Radstadions nach dem Trainer Ernst Berliner, die von der Bezirksvertretung Lindenthal beraten und begrüßt worden sei.

Die wichtige Vorbildfunktion konnte er an einer am Friedrich-Wilhelm-Gymnasium durchgeführten Arbeit beobachten. Er hat zwei 14 jährige Schülerinnen und Schüler betreut, die sich für eine Bewerbung auf den Geschichtspreis des Bundespräsidenten mit dem Leben und der Figur Albert Richters und deren Bedeutung beschäftigt haben. Sie waren tief beeindruckt und haben dazu einen hervorragenden 30-minütigen Film gemacht.

Seiner Meinung nach hätte man schon beim Bau das Radstadion nach Albert Richter benennen sollen. Nur die Bahn, das Holz auf dem man fährt, nach ihm zu benennen, sei ein fauler Kompromiss gewesen. Es besorgt ihn, dass beim Abriss, wenn das Holz herausgerissen wird, dann auch das Gedenken und die Erinnerung an ihn verschwinden. Das wäre eine erneute Ungerechtigkeit gegenüber diesem Menschen und Sohn der Stadt.

Herr Goss, Petent, nennt Albert Richter den ersten Weltmeister Kölns, er hätte Benennung des Radstadions nach ihm schon aus rein sportlicher Hinsicht verdient. Er wurde damals aus den Ergebnislisten des Bundes Deutscher Radfahrer gestrichen. Sein Trainer Ernst Berliner ist in die Niederlande und USA gereist, um seinen Zögling zu revitalisieren. Der Trainer hat in dieser schwierigen Zeit viel auf sich genommen, dass Albert Richter wieder in diese Liste aufgenommen wurde und der Mord an ihm richtig dargestellt wurde.

Es wäre schön, wenn dieser Ausschuss sich entscheiden könnte das Radstadion und den Vorplatz noch vor dem Abriss nach diesen beiden Kölner Sportlegenden zu benennen und diese zu ehren. Das neue Stadion wird ein Olympiastützpunkt und daher wird die Benennung auch international Beachtung finden.

Außerdem gibt es mittlerweile die Idee, um dem Stadion für die kommenden Meisterschaften internationale Bedeutung zu geben, ihm den Namen Albert-Richter-Velodrom zu geben.

Herr Schleicher, Sportamt, berichtet, dass bei der Benennung des Radstadions viele die Entscheidung zu diesem Doppelnamen, weshalb nur die Rennbahn und nicht das Stadion selbst nach Albert Richter benannt wurde, nicht verstanden haben. Albert Richter ist auch den heutigen Radsportlern noch ein Vorbild. Der moderne Neubau wird ein Radsportzentrum mit Weltrang und wird vergleichbar sein mit den modernsten Bahnen der Welt, wie die in Brisbane und Paris.

Albert Richter ist 1940 von der Gestapo in Lörrach aus dem Zug geholt worden und ermordet worden. Die Radrennprofis aus Köln waren damals Weltstars, die Wettkämpfe auf der Müngersdorfer Bahn hatten internationalen Rang.

Der Eigentümer des Stadions ist die Kölner Sportstätten GmbH, die auch Bauherr des neuen Stadions ist. Das neue Radstadion wird mit Landes- und Bundeszuschüssen gebaut, es werden aber auch Einnahmen von privaten Namensgebern benötigt werden.

Herr Wahlen, GRÜNE: Es geht um die Erinnerung an einen Mann, der nicht vergessen werden sollte, da er sich weigerte die Freundschaft zu seinem jüdischen Trainer Ernst Berliner aufzugeben. Er hat allen gezeigt, dass man mit kleinen Gesten die Abneigung gegen den Nationalsozialismus zeigen konnte. Eine Botschaft, die in Zeiten des erstarkenden Nationalsozialismus sehr aktuell und wichtig ist. Er hatte nicht nur

Zivilcourage gezeigt, sondern war auch ein talentierter Kölner Radrennfahrer. Die Frage ist, was sie im öffentlichen Raum wollen: eine weitere Werbefläche für Krombacher, oder das Gedenken an einen herausragenden Kölner. Sie entscheiden sich für das Gedenken. Er formuliert den Beschluss und bittet um Weiterleitung an den Sportausschuss.

Herr Erkelenz, CDU: seine Fraktion schließt sich dem Vorschlag von Herrn Wahlen an. Er verweist auf den Verein RCC Günther in Longerich, wo auch die Cologne Classics organisiert werden. Peter Günther war 1911 der erste „inoffizielle“ Radweltmeister.

Frau Oedingen, SPD: Ihre Fraktion schließt sich dem Gedenken an diesen Antifaschisten an und befürwortet ebenfalls die Weiterleitung an den Sportausschuss.

Herr Wande, FDP: Die Schilderung der Geschichte Albert Richters macht deutlich, dass das Interesse seinen Namen zu verewigen höher steht als die Einnahmen und schließt sich der Meinung der Vorredner an.

Frau Röhrig, LINKE: Sie schließt sich den Vorrednern an und möchten der Vermarktung des Namensrechts durch diesen Beschluss zuvorkommen.

Herr Schleicher weist darauf hin, dass es am Stadion einen Peter-Günther-Weg gibt. Und er befürwortet die Idee, für den zukünftig internationalen Anspruch des Stadions ihm den Namen Albert-Richter-Velodrom zu geben.

Herr Derichweiler, Ausschussvorsitzender, fasst den Vorschlag von Herrn Wahlen und die Wünsche der Ausschussmitglieder im Beschlusstext zusammen:

„Der Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Anregungen und Beschwerden ehrt das Andenken des vorgeschlagenen Namensgebers der Radrennbahn in Müngersdorf und empfiehlt die Benennung in Albert-Richter-Velodrom, zudem bittet er, den Sportausschuss in die Beratungsfolge aufzunehmen.“

Er lässt über die so geänderte Alternative zum Verwaltungsvorschlag abstimmen:

Beschluss:

Der Ausschuss dankt den Petenten für ihre Eingabe.

Der Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Anregungen und Beschwerden ehrt das Andenken des vorgeschlagenen Namensgebers der Radrennbahn in Müngersdorf und empfiehlt die Benennung in Albert-Richter-Velodrom, zudem bittet er, den Sportausschuss in die Beratungsfolge aufzunehmen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

**2.3 Bürgereingabe nach § 24 GO- Vertretung sozialer Interessen im Klimarat- 186/20
3277/2020**

Die Petentin weiß, dass dieses Thema nicht zum Kölner Alltagsleben gehört. Sie hat als Sozialwissenschaftlerin vor einem dreiviertel Jahr für einen Auftrag die sozialen Folgewirkungen der Klima- und Energiepolitik in Deutschland untersucht. Sie hat dazu lediglich Untersuchungen zu den Folgen des Abbaus von Arbeitsplätzen im Bergbau und in der Automobilindustrie gefunden. Es bleiben darüber hinausgehende Fragen. Bei der CO₂-Bepreisung und den damit steigenden Energiepreisen werden durch die Form, wie sie kompensiert werden sollen, Niedriglohnhaushalte in besonderen Maße

betroffen sein. Die sozialen Effekte der Mobilitätsfrage und die steigenden Mieten durch die Gebäudesanierungen werden durch sozialpolitische, aufstockende Leistungen abzufedern sein. Viele Menschen vor allem aus dem Dienstleistungsbereich, häufig auch Frauen, werden stark betroffen sein. Durch Covid sind jetzt schon verstärkt soziale Ungleichheiten hervorgetreten. Es wird vermehrt eine Unzufriedenheit in Teilen der Bevölkerung geben, die sich zu der offiziellen Covid- und Klimapolitik querstellen und in den offenen Protest gehen werden. Das ist die nahe Zukunft. Dieses lebendige Thema wird Gestaltung brauchen.

Sie nennt die bekannten Mitglieder des Kölner Klimarates, der 2020 ins Leben gerufen wurde. Er repräsentiert u.a. die Sektoren, die maßgeblich die CO₂-Emissionen reduzieren sollen.

Wie stellt man sicher, dass das, was im Klimarat diskutiert wird, auch die sozialen Folgewirkungen durch die Klimapolitik antizipiert? Wie können die Stimmen aus den Stadtteilen da hineinfließen, damit etwaige Defizite die Politik nicht später einholen.

Auch Mitglied ist z.B. die Arbeitsgemeinschaft Kölner Wohnungsunternehmen. Sie fragt warum der Mieterbund nicht dabei ist. Sie nennt das Beispiel Berlin, wo es massive Proteste gegen die steigenden Mieten gibt, die u.a. durch die Kosten der Gebäudesanierungen angezogen haben.

Ihre Bitte ist zu überlegen, welche sozialen Wohlfahrtsverbände, Vertretergruppen der Stadtteile usw. man noch mit einbeziehen kann, um diese Themen zu besetzen.

Herr Derichsweiler, Ausschussvorsitzender, bittet von der Verwaltung Herrn Prof. Dr. Gößling von der städtischen Koordinationsstelle Klimaschutz um Stellungnahme aus fachlicher Sicht zu der Funktion des Klimarates und der Repräsentation von Sozialverbänden.

Herr Prof. Dr. Gößling, Koordinationsstelle Klimaschutz, erklärt, dass der Klimarat 2020 von Oberbürgermeisterin Reker einberufen wurde, um den Klimanotstand einzudämmen. Es ist ein unabhängiges, nicht weisungsgebundenes Expertengremium, das Vorschläge erarbeiten soll, wie die Stadt einen Beitrag leisten kann, um dem Klimawandel entgegenzuwirken. Es trifft keine Entscheidungen. Er erklärt, dass die ausgearbeiteten Vorschläge in die unterschiedlichen Sektoren wie bspw. Wohnungsbau, Energie, Mobilität hineingetragen werden sollen. Deshalb wurden Vertreterinnen und Vertreter dieser Sektoren eingeladen. Außerdem gibt es verschiedene Projektgruppen, u.a. eine Projektgruppe Partizipation, die das Ziel hat Bürgerinnen und Bürger in den Klimaschutz einzubeziehen. Hier sind auch verschiedene Vertreter des Wohnungswesens einbezogen, um die Auswirkungen durch steigende Mieten zu berücksichtigen. Der Klimawandel wird etwas Kosten. Er geht davon aus, dass die Berücksichtigung der Interessen aller Bürgerinnen und Bürger in der Projektgruppe Partizipation und Kommunikation bearbeitet wird.

Frau Hölzing, GRÜNE: Ihre Fraktion hat sich mit der Zusammensetzung des Klimarates beschäftigt, da es ein ehrgeiziges Ziel gibt, im Jahr 2035 CO₂-neutral zu sein. Die Akteure sollen als Netzwerker mit ihren Botschaften in ihre Unternehmen hineinwirken. Die Frage ist, ob hier die sozialen Interessen tatsächlich genügend vertreten sind und die Vertretung der sozialen Akteure in den Projektgruppen ausreicht. Es gibt Studien der Hans-Böckler-Stiftung und Konrad-Adenauer-Stiftung, die belegen, dass die Auswirkungen des Klimawandels besonders die Geringverdiener treffen werden. Der DGB ist im Klimarat auch vertreten, sie sind aber der Meinung eine stärkere Vertretung von sozialpolitischen Interessen wäre weiterhin nötig und sie würden es begrüßen, wenn z.B. die LIGA der Kölner Wohlfahrtsverbände eingeladen würde und die

sozialen Themen eben nicht nur in den Untergruppen besprochen werden. Sie wünschen den Beschluss dahingehend zu verändern.

Herr Erkelenz, CDU: seine Fraktion sieht auch die sozialpolitischen Themen auf lokaler Ebene unterrepräsentiert und würde bei dem Vorschlag der Grünen, die Kölner Vertreter der LIGA hier einzubinden, mitgehen.

Frau Oedingen, SPD: Die Energiewende wird alle teuer zu stehen kommen, besonders, wie angesprochen, die Niedriglohnhaushalte. Daher müssen im Klimarat mehr Vertreter sozialer Interessen wie die Kölner LIGA eingebunden werden. Die Fraktion würde diesem Beschluss zustimmen.

Frau Röhrig, DIE LINKE: Sie stimmt den Vorrednern zu und unterstützen den Antrag der Petentin.

Herr Wande, FDP: Er dankt der Petentin, dass sie den Konflikt, der zwischen Klimaschutz und sozialen Fragen entstehen kann, geschildert hat. Er wundert sich, dass dieser Aspekt bei der Bildung des Klimarates nicht von Anfang bedacht wurde. Seine Fraktion stimmt der Einbindung von Sozialverbänden im Klimarat zu.

Herr Kreische, KLIMA FREUNDE, hat keine Erwartungen an den Kölner Klimarat. Seiner Meinung nach liegen die Sachverhalte und Lösungen auf Stadtebene auf dem Tisch. Die großen Defizite wird es geben, wenn man versucht diese Themen in den Quartieren umzusetzen. Er spricht das Projekt „iResilience“ in Deutz an. Dort wird über die Themen Hitze, Grün, Anpassung und Aktivierung der Bürger im Stadtteil gesprochen. Mit sozialen Erhaltungssatzungen in den Quartieren müssen Ungleichheiten durch Deckelung von Mieten vermieden werden. Beispielsweise bei der Sanierung und energetischen Optimierung der Häuser der Deutzer Stegerwaldsiedlung war vielen nicht bekannt, dass es hier eine Erhaltungssatzung gibt. Man hat, um die Sanierung zu ermöglichen, die Mieten auf Vorstandsebene bei 9 € festgesetzt. Diese Probleme sind real, und er würde sich diese Diskussion mit den Menschen in den Stadtteilen wünschen.

Herr Derichsweiler, Ausschussvorsitzender, fasst den alternativen Beschlusstext, den Frau Hölzing vorgeschlagen hat, zusammen:

„Der Ausschuss fordert eine stärkere Gewichtung zu Gunsten sozialpolitischer Interessen im Klimarat, beispielsweise durch Einbeziehung von Vertreterinnen und Vertretern der Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege Köln (LIGA Köln), dem Zusammenschluss von Kölner Wohlfahrtsverbänden.“

Beschluss:

Der Ausschuss dankt der Petentin für ihre Eingabe.

Der Ausschuss fordert eine stärkere Gewichtung zu Gunsten sozialpolitischer Interessen im Klimarat, beispielsweise durch Einbeziehung von Vertreterinnen und Vertretern der Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege Köln (LIGA Köln), dem Zusammenschluss von Wohlfahrtsverbänden in Köln.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen bei Enthaltung von Herrn Kreische.

3 Mitteilungen

3.1 Schriftliche Mitteilungen

3.1.1 Sachstandsbericht des Ausschusses für Anregungen und Beschwerden 2020 0419/2021

Folgende Fragen aus **der Fraktion DIE GRÜNEN** wurden vorab schriftlich gestellt:

Zu Vorlage 3644/2019- „(mehr) Daten bei Offene Daten Köln“, AZ. 252/19:

Gibt es schon Daten? Wann sind sie zu erwarten? Wird der Petent informiert? Gibt es bereits kurzfristige Nutzungen in dem Sinne?

Zu Vorlage 0533/2019- „Anlegen einer Busspur auf der Frankfurter Straße“, AZ. 39/18:

Gibt es nun das Ergebnis? Wenn nein, wann ist damit zu rechnen?

Zu Vorlage 2921/2019- „Gehwegproblematik im Kölner Stadtgebiet“, AZ 264/18:

Wann beschließt der AVR?

Zu Vorlage 4175/2019- „Förderung von Proberäumen für Kölner Bands“, AZ. 276/19:

Wann beschließt der KuK?

Zu Vorlage 0597/2020- „Verfahren bei der Genehmigung von PV-Anlagen auf denkmalgeschützten Gebäuden und Förderung von PV-Anlagen“, AZ. 12/20:

Bitte den Sachstand darstellen, sobald dieser vorliegt.

Zu Vorlage 0509/2020- „Änderung der Verordnung über den Taxitarif“, AZ. 14/20:

Bitte den Sachstand darstellen, sobald dieser vorliegt.

Zu Vorlage 2501/2020- „Ankaufetat Artothek“, AZ. 130/20:

Wann berät der KuK?

Die Fragen zum Sachstandsbericht 2020 werden von der Verwaltung schriftlich beantwortet.

3.1.2 Bürgereingabe nach § 24 GO, Ende der Haustürbelieferung von Telefonbüchern, AZ 179/19 S 3343/2020

Frage von **Frau Oedingen, SPD:**

Wurde das Thema mittlerweile im Petitionsausschuss des Bundestags beraten?

Die Frage wird von der Verwaltung schriftlich beantwortet.

3.1.3 Bürgereingabe nach § 24 GO, Verbot von leihbaren E-Scootern, AZ 185/19 B 3308/2020

Frage von **Herrn Wortmann, Freie Wähler:**

Haben die Betreiber dieser Verleihsysteme ein Sondernutzungsrecht? Er bezieht sich auf Urteil des OVG vom 20.11.2020, dass das Parken dieser Fahrzeuge im öffentlichen Straßenraum in Düsseldorf verboten hat.

Gibt es bereits Anzeigen gegen die E-Scooter-Betreiber, die sich auf das Urteil beziehen?

Die Fragen werden von der Verwaltung schriftlich beantwortet.

3.1.4 Umbaumaßnahmen der Straße "Am Kämpchenshof" Beschluss des Ausschusses für Anregungen und Beschwerden vom 12.06.2018 3491/2020

Anmerkung **Herr Fischer, GRÜNEN:**

Die Fraktion Die Grünen weist die Mitteilung der Verwaltung zurück und besteht auf der Umsetzung der Empfehlung des Ausschusses. Man versuche mit Farbmarkierungen die Situation der Radfahrenden zu verbessern. Die Fraktion fordert jedoch die zwingend erforderliche, bauliche Trennung mit Hochbauten zu realisieren, um das ordnungswidrige Parken und die damit verbundene Gefährdung zu verhindern.

Die Fachverwaltung wird entsprechend informiert.

3.2 Mündliche Mitteilungen

4 Anfragen

4.1 Mündliche Anfragen

4.2 Schriftliche Anfragen

4.3 Anfragen aus früheren Sitzungen

II. Nichtöffentlicher Teil

5 Anregungen und Beschwerden nach § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

6 Mitteilungen

7 Anfragen

gez. Max Derichsweiler
Ausschussvorsitzender

gez. Julia Möller
Schriftführerin